

**Stellungnahme des Universitätsrates
zum Entwurf der Ziel- und Leistungsvereinbarung
zwischen der FSU Jena und dem Freistaat Thüringen
vom 27.09.2012 gem. § 32 (1) Nr. 6 ThürHG**

Der Universitätsrat bedauert die Vorgabe der Landesregierung für diese Ziel- und Leistungsvereinbarung, im Zeitraum der Geltungsdauer der Vereinbarung (2012 – 2015) aufgrund der auf 1 % p.a. begrenzten Steigerungen etwa 10 % der Zuweisung für das Jahr 2011 real einzusparen. Er hält diese Vorgabe für nicht vereinbar mit den Beschlüssen der Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern vom Dezember 2010 zur Steigerung des Anteils der FuE-Ausgaben auf drei Prozent des nationalen Bruttoinlandsprodukts. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn neben der Wirtschaft der Staat in allen Bereichen – und nicht nur in der außeruniversitären Forschung – seine Leistungen für FuE deutlich erhöht und nicht vermindert. Mit dem Hochschulpakt 2020 erhält das Land Thüringen seit dem Jahr 2007 vom Bund und den alten Ländern erhebliche Geldmittel, um die Zahl seiner Studienplätze zu halten. Das damit verfolgte Ziel, die Studiengänge attraktiver für Studienbewerber der alten Länder zu machen, kann nur erreicht werden, wenn diese Mittel und die entsprechenden Landesmittel den Hochschulen unverkürzt zugewiesen werden. Eine Politik, die notwendigerweise die Qualität der Studienplätze senkt, widerspricht diesen vertraglichen Verpflichtungen des Landes. Der Universitätsrat fordert die Landesregierung auf, ihre Vorgaben im Lichte dieser Beschlüsse und vertraglichen Vereinbarungen zu überdenken.

Ungeachtet dieser grundsätzlichen Vorbehalte stellt der Universitätsrat folgendes fest:

Vorbemerkungen; Leitlinien

Die strategischen Ziele, die sich die FSU gibt, überzeugen.

Die Verbesserung der räumlichen Situation der FSU in allen Bereichen ist vordringlich. Sie sind wesentlich entscheidend dafür, dass andere strategische Ziele erreicht werden können. Hochschulbau und Großinvestitionen gehören an die Spitze der strategischen Ziele.

Eine Aussage zur strategischen Zusammenarbeit mit dem Klinikum wird vermisst.

Erfolge in der Weiterbildung werden sich nur erzielen lassen, wenn die FSU nicht nur die Kooperation mit anderen Hochschulen, sondern vor allem mit den Firmen sucht, für deren Belange Weiterbildung im Sinne beruflicher Weiterbildung entwickelt werden soll. Nur so lassen sich kostendeckende Entgelte erwirtschaften.

Erwartungen des Landes

Die vom Land vorgegebenen Kennzahlen sind unstrukturiert und widersprechen sich teilweise. Dennoch wären die dargestellten Erwartungen des Landes unter optimalen Rahmenbedingungen erfüllbar. Der Universitätsrat verweist aber auf Risiken, die Ziele zu den ausländischen Studierenden und Absolventen und zu den Weiterbildungsstudierenden (in zumindest kostendeckenden Weiterbildungsstudiengängen) zu erreichen.

Den Anteil von Professorinnen von 14,4 % auf 17 % bis 2015 zu steigern, hält der Universitätsrat im Hinblick auf die vorgegebenen Einsparauflagen, die sich auch im W-Besoldungsbereich auswirken werden, für schwer erreichbar. Dies sollte die FSU in der Vereinbarung klarstellen.

I. Wissenschafts- und hochschulpolitische Ziele des Landes

Der Universitätsrat nimmt diese Ziele zur Kenntnis, weist aber nachdrücklich darauf hin, dass sie vielfach nur erreicht werden können, wenn zusätzliche Mittel vom Lande bereitgestellt werden (z.B. Fortentwicklung der Evaluationsverfahren, Nachwuchsförderung, Verwirklichung der Ziele der UN-Behindertenkonvention).

II. Leistungsziele und Maßnahmen der Hochschulen

1. Umsetzung Rahmenvereinbarung III

Die Maßnahmen sind einschneidend. Der Universitätsrat erwartet vor ihrer Umsetzung ein Konzept, in dem die Vereinbarkeit mit den strategischen Zielen der FSU bzw. ihre Auswirkungen auf die strategische Ausrichtung dargestellt werden.

Die im Punkt 5. dargestellten Maßnahmen werden nur in enger Kooperation mit der interessierten Wirtschaft zum Erfolg führen.

Die im Punkt 6. dargestellten Maßnahmen widersprechen den oben dargestellten Prioritäten und Notwendigkeiten im Baubereich und entwerten die dargestellten Argumente. Sie sollten hier nicht aufgeführt werden.

2. Forschung

Der Universitätsrat unterstützt die vorgesehenen Maßnahmen, insbesondere auch die Erhöhung der Sichtbarkeit von Einzelprojekten. Angesichts der Finanzsituation und der zeitlich und sachlich limitierten finanziellen Beteiligung des Landes rät der Universitätsrat, das Rechtsextremismusprojekt als wichtiges Drittmittelprojekt darzustellen.

3. Studium, Lehre, Weiterbildung

Der Universitätsrat unterstützt die geplanten Maßnahmen, insbesondere auch die zur Verbesserung der Lehrerbildung. Zu den Weiterbildungsstudiengängen verweist er auf die oben gegebenen Hinweise.

4. Nachwuchs, akademische Karrieren

Der Universitätsrat unterstützt die vorgesehenen Maßnahmen, gibt aber zu bedenken, zusätzliche attraktive Verfahren zur Gewinnung jungen Professoren Nachwuchses mit Chancen auf dauerhafte Beschäftigung (wie z.B. die beiden Münchner Universitäten oder die Ruhruniversität Bochum) zu entwickeln.

5. Marketing, Internationalisierung

Der Universitätsrat unterstützt die vorgesehenen Maßnahmen. Er schlägt vor, der Gewinnung ausländischen Personals auf Dauerstellen größere Bedeutung einzuräumen.

6. Gleichstellung

Der Universitätsrat begrüßt die Gleichstellungsstrategie, der er auch in der Vergangenheit ausdrücklich zugestimmt hat. Er sieht trotz der Erfolge erheblichen Nachholbedarf, der an der FSU besteht.

7. Ausbildungsplätze, Angebote für Menschen mit Behinderungen

Der Universitätsrat unterstützt die dargestellten Maßnahmen und würdigt den erreichten Stand. Er vermisst das Thema der Barrierefreiheit, die auf Grund der vorhandenen Bausubstanz bei weitem noch nicht erreicht ist und nur mit sehr hohen Aufwendungen für Umbauten erreichbar wäre, für die die Mittel aber fehlen.

8. Strukturen und Vernetzungen

Die vorgesehenen Maßnahmen weisen in die richtige Richtung. Angesichts der Haushaltssituation muss das Verhältnis zwischen Zentrale und dezentralen Einrichtungen generell überprüft werden. Hierin sind auch die hochschulinterne Mittelverteilung und die Verantwortung für die Mittelverausgabung einzubeziehen. Zu prüfen ist, ob zentrale oder dezentrale Mittelverantwortung die bessere Antwort auf die Kürzungen seitens der Landesregierung darstellt.

9. Zusammenarbeit Universität – Wirtschaft

Wie oben schon angemahnt, bedarf es besonders bei der Entwicklung von Weiterbildungsangeboten (die durchaus nicht immer Studiengänge sein müssen) der intensiven Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Dies sollte auch in diesem Kapitel erwähnt werden. Universitäre Ausgründungen sollten als Ziel aufgenommen werden.

III. Hochschulbau und Großinvestitionen

Der Universitätsrat unterstützt nachdrücklich die Position der FSU; Bauunterhalt, Neubauten und Sanierungen sind Eckpfeiler der weiteren Entwicklung der Universität als innerstädtischer Hochschule, ihrer Attraktivität für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie für Studierende. Er vermisst ein überzeugendes Commitment des Landes für seine Hochschulen. Auch das Land muss im Interesse der Attraktivität Thüringens dafür sorgen, dass seine Hochschulstandorte, mit denen Thüringen Erfolge erzielen will, attraktiv und konkurrenzfähig sind, sich voneinander und von Hochschulen anderer Länder abheben und positiv wahrgenommen werden.

IV. Finanzielle Rahmenbedingungen

Die dargestellte Finanzsituation ist bedrohlich und gefährdet massiv die strategischen Zielsetzungen von Land und Hochschule. Dies gilt nicht nur für die konkret dargestellten Defizite bei den Personalkosten, sondern ganz entscheidend auch dafür, dass die Grundlage für die (gemeinsame) Finanzierung vereinbarter und absolut notwendiger Bauvorhaben durch die auf Grund der Suspendierung der Rahmenvereinbarung II notwendigen Entnahmen aus den Rücklagen möglicherweise entfällt, wenn die fehlenden Mittel nicht zeitnah erwirtschaftet werden können.

Fazit

Der Universitätsrat rät, die Ziele und Maßnahmen der Universität im oben beschriebenen Sinne zu schärfen. Er erwartet von der Landesregierung ein deutlicheres Engagement für eine konkurrenzfähige FSU und eine leistungsfähige Hochschullandschaft in Thüringen insgesamt.